

VORWORT

Es ist nicht weit von den Ländern des „Arabischen Frühlings“ zu uns: Die Außengrenzen der Europäischen Union liegen zum Teil nur ein paar hundert Kilometer von Kairo, Benghazi oder Tunis entfernt. Aber nicht allein deswegen bewegen uns die Probleme der arabischen Länder.

Seit den Anfängen des „Arabischen Frühlings“ fordern die Menschen in der Region „Freiheit“, „Würde“ und „Gerechtigkeit“ – Werte, die Deutschland und Europa zu einem Hort von Frieden und Freiheit gemacht haben. Das Fehlen dieses Mindestmaßes an Menschenwürde, die hoffnungslose wirtschaftliche Lage sowie Vetternwirtschaft und Korruption der herrschenden Eliten führten die Bürgerinnen und Bürger auf die Straßen und fegten zahlreiche Machthaber aus ihren Palästen. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Defizite vieler Länder waren weithin bekannt. Kaum jemand hat jedoch damit gerechnet, dass die Bevölkerungen mit Protesten wie auf dem Tahrir-Platz in Kairo auf die gescheiterte Politik ihrer ohnmächtigen Führung reagieren würden.

Die Entwicklungen haben relativ schnell gezeigt, dass neue politische Akteure, nicht zuletzt die durch den Islam geprägten Strömungen, von der neuen Situation profitieren würden. Diese nutzen das entstandene Machtvakuum, weil der zuvor protestierenden Jugend die Kraft und Ausdauer zur Organisation ihrer Interessen fehlte. Durch die Öffnung der Parteiensysteme und die Gründung islamisch geprägter Parteien, die in einigen Ländern erfolgreich aus den Wahlen hervorgegangen sind, stehen diese nun zum ersten Mal in tragender Regierungsverantwortung.

Die Europäische Union sowie Deutschland haben auf diese Entwicklungen positiv reagiert und ihre Gesprächsbereitschaft sowie ihren Willen zu einer Zusammenarbeit bestätigt. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der demokratische und rechtsstaatliche Übergang ernst genommen wird. Obwohl sich die meisten der neuen Akteure demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen, der Achtung

der Menschen- und Minderheitenrechte sowie der Gleichstellung von Mann und Frau verpflichtet erklären, wird erst die Zukunft zeigen, ob den Worten auch Taten folgen werden.

Entscheidend für uns als Nachbarn und Partner dieser Länder ist vor allem, mehr über die neuen Akteure, ihre Vergangenheit, ihre Ziele und ihre Strategien zu erfahren. Denn wie sowohl politische Entscheidungsträger als auch Experten schnell feststellen mussten, sind unsere Kenntnisse über sie noch recht gering. Aber nur mit genügend Wissen können wir in einen Dialog eintreten und die reformorientierten Kräfte unterstützen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat, unterstützt von der Bundesregierung, ihr Programm für den nordafrikanischen Raum massiv ausgebaut. Die Notwendigkeit zur Beratung von Parteien, Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen in den demokratischen Prozessen ist für uns Auftrag und Verpflichtung im Sinne der christlich-demokratischen Idee und der Sozialen Marktwirtschaft zugleich. Durch eine Vertiefung der Beziehungen soll die Chance zu einem politischen Neuanfang genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund entstand die Idee zur vorliegenden Studie „Islamische Akteure in Nordafrika“. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sie in enger Zusammenarbeit mit der Herausgeberin, Dr. habil. Sigrid Faath, und den Autoren im Rahmen der Transformationspartnerschaft des Auswärtigen Amtes realisiert. Damit möchten wir zum einen die Wissenslücke über die islamisch geprägten Akteure in Nordafrika schließen. Zum anderen aber wollen wir vor allem zu der Diskussion über deren Ziele beitragen und gemeinsam zu den notwendigen Schlussfolgerungen für die deutsche und europäische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik kommen.

Ich bin überzeugt, dass diese Studie dazu einen wichtigen und notwendigen Beitrag leistet. Daher möchte ich vor allem die Arbeit der Herausgeberin wie auch der Autoren würdigen und ihnen danken!

Die Konrad-Adenauer-Stiftung fühlt sich all denen verpflichtet, deren Rufe nach Freiheit, Würde und Gerechtigkeit letztlich zu den historischen Umbrüchen in der Region geführt haben. Wir sehen die Herausforderung der Länder, die darin besteht, nicht nur ehemalige Herr-

scher zu ersetzen, sondern neue demokratische Systeme zu errichten. Gerade im 50. Jahr der Gründung unserer Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit wollen wir unserer Verpflichtung „Auftrag: Demokratie“ damit Ausdruck verleihen.

A handwritten signature in black ink, reading "Hans-Gert Pöttering". The signature is written in a cursive style with a large, stylized 'P'.

Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP

Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung